

JAN GLÓWCZYK

Kapitalismus auf polnisch

Jan Glówczyk – Jg. 1927; Dr. rer. oec.; von 1957 bis 1982 Chefredakteur der polnischen Wirtschaftszeitung »Zycie Gospodarcze« (Wirtschaftsleben); 1978 bis 1982 Vorsitzender der Medien-Gewerkschaft; rief 1980 zur friedlichen Lösung des gesellschaftlichen Konfliktes auf; gehörte in den achtziger Jahren der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) an; 1988 Rücktritt von Parteifunktionen; seitdem unabhängiger, seit 1990 parteipolitisch nicht gebundener, linker Publizist. Veröffentlichte u.a. »Quo vadis?« (1990); eine Analyse zur Wirtschaftspolitik Leszek Balcerowiczs und (1993) »Ponury bilans lata 1990 - 1992« (Eine traurige Bilanz der Jahre 1990 - 1992). Der vorliegende Artikel basiert auf dem Ende 1996 in Warschau erschienenen Buch »Kapitalizm po polsku« (Kapitalismus auf polnisch). Das Buch wird seitdem intensiv diskutiert. Sein wissenschaftlicher Wert wird – auch von politischen Gegnern – hoch geschätzt, weil die Studie die umfassendste und gründlichste Analyse des Verlaufs und der Kosten der Transformation in Polen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre darstellt. Die hier auszugsweise und verknüpft veröffentlichten Passagen informieren vor

Eine Systemkonfrontation mit Tücken

Ebenso wie die Ministerpräsidenten der Jahre 1989 bis 1993 wiederholten auch Mitglieder der im September 1997 an die Macht zurückgewählten konservativen Regierung altbekannte Formeln von der Ruinierung der Wirtschaft durch das vorhergehende System – dieses Mal durch die »Post-Kommune«. Nachdem der Ex-Premierminister Tadeusz Mazowiecki und der damalige Stellvertretende Ministerpräsident Leszek Balcerowicz sich einst derart profilierten, haut nun auch der neue Ministerpräsident Jerzy Buzek in diese Kerbe. Buzek hat mit seinem Machtantritt die endgültige Wende und den »totalen Bruch« mit der »bösen Vergangenheit« versprochen. Dereinst bekannte freilich schon Jan Krzysztof Bielecki in Davos zur Freude der Deutschen, der Kommunismus habe Polen stärker ruiniert als der Zweite Weltkrieg. Im Bericht der Regierung Jan Olszewskis von 1991 findet sich die Phrase von den vierzig Jahren der kommunistischen Verwüstung des Landes. Hanna Suchocka füllte 1993 ihren Bericht über den Zustand des Staates mit Dutzenden von Behauptungen über den ständigen Rückgang in den vierzig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. In einer Erklärung verlautbarte sie, daß in der VR Polen die polnischen Städte ruiniert worden seien.

Die Realität sieht anders aus. Während des Zweiten Weltkriegs wurden auf dem Gebiet des ursprünglichen Polen etwa zehn Prozent des Wohnraums zerstört. In den West- und in den Nordgebieten lagen in den Städten 40 Prozent der Häuser in Schutt und Asche. Kolobrzeg/Kolberg war zu 80 Prozent zerstört, Stargard zu 70 Prozent, Wrocław/Breslau, Slubice/Frankfurt-Gartenstadt, Legnica/Liegnitz zu 65 Prozent. 1955 besaßen 39 Prozent der Städte noch keine Kanalisation und 37 Prozent verfügten nicht über eine zentrale Wasserversorgung. 70 Prozent der Städte waren ohne Gas. neun polnische Städte waren ohne ein Stromversorgungsnetz, darunter möglicherweise auch die Stadt, in der die Ministerpräsidentin Suchocka geboren worden ist.

1988 gab es in Polen 10,9 Millionen Wohnungen, von denen 7,2 Millionen nach 1944 erbaut worden sind. Nach 1944 wurden 65 Prozent des Wohnraums in den Dörfern und 72 Prozent des Wohnraums in den Städten, das waren 5,1 Millionen städtische Wohnungen, übergeben.

Dazu kam die Schaffung einer Wohnungs-Infrastruktur. Nach dem Kriege entstand ein Wasserleitungsnetz mit einer Länge von

über 80 Tausend Kilometern, ein Gasversorgungsnetz von 37 Tausend Kilometern, ein zentrales Wärmeversorgungsnetz von 3,2 Tausend Kilometern sowie weiteren 5,2 Tausend Kilometern Nebenstränge. In Nachkriegspolen wurden 100 Milliarden Ziegelsteine verbaut, etwa 6 Millionen Tonnen Kabel verlegt.

Nach 1989, mit der Etablierung der neuen Macht, reduzierte sich auf geheimnisvolle Weise die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf 150 Tausend. Damit fiel sie auf das mittlere Niveau der Jahre 1961 bis 1965 zurück. Zwischen 1990 und 1992 wurden lediglich noch 134 Tausend Wohnungen jährlich fertiggestellt. Die Hinterlassenschaft der Regierung Suchocka belief sich 1993 auf ganze 94 Tausend Wohnungen, was in etwa dem Stand von 1956 bis 1960 entspricht. 1994 fiel die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf 76 Tausend und damit auf das Niveau der Jahre 1950 bis 1955. Schließlich wurden 1995 knapp 61 Tausend Wohnungen gebaut; gerade 1.500 Wohnungen mehr als 1950. Und 1996 verschlechterte sich die Situation aller Voraussicht nach weiter, denn 1995 wurde mit dem Bau von nur knapp 53 Tausend Wohnungen begonnen.

Das sind die Folgen des im Februar 1993 durch die Regierung Hanna Suchockas beschlossenen Programms der neuen staatlichen Wohnungspolitik, das später leider gedankenlos durch die Links-Mitte-Regierungen übernommen und weiter verfolgt wurde. Diese Richtungsänderung in der Wohnungspolitik führte auf der einen Seite zu Mieterhöhungen für die Mehrheit der Bevölkerung und zu gewaltigen Vergünstigungen bei der Kreditvergabe oder bei der Besteuerung für jene, die viel Geld für große Wohnungen aufbringen konnten. Allerdings wird dieses Programm demnächst fast völlig zum Erliegen kommen, da die dadurch Begünstigten ihre Wohnungen entweder bereits gebaut haben oder in Kürze fertiggestellt haben werden. Das betrifft einige Zehntausende. Die anderen besitzen keine Wohnungen und werden kein Geld für den Wohnungsbau haben, solange sich die Einkommensstrukturen und generell die staatliche Wohnungspolitik nicht ändern.

Im oben bereits erwähnten Bericht der Premierministerin Hanna Suchocka zur Lage des Staates im Oktober 1993 finden sich auch Behauptungen über die Ineffizienz des vorhergehenden Wirtschaftssystems und dessen Entwicklungsblockaden. Dies habe sich in der seit Mitte der siebziger Jahre einsetzenden Verringerung der Akkumulation am Nationaleinkommen sowie in der Entwertung des Nationalvermögens, d.h. in der wachsenden Anzahl verschlissener Produktionsanlagen, gezeigt. Die statistischen Angaben bestätigen diese Feststellungen allerdings nicht. Der Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen war zwischen 1955 und 1988 ständig hoch, zeitweise sogar über Gebühr hoch. Letzteres trifft insbesondere auf die zweite Hälfte der siebziger Jahre zu (vgl. Tabelle 1).

Zwischen 1950 und 1970 erhöhte sich die Akkumulation um das Fünffache bei einem mittleren Jahreszuwachs von 8,4 Prozent. Von 1971 bis 1975 wurde das Wachstumstempo der Akkumulation durch Kreditaufnahme im Ausland auf 18 Prozent jährlich erhöht. Das bedeutete eine Verdoppelung der Akkumulation im Verlauf von fünf Jahren und einen Anteil von 42 Prozent am Nationaleinkommen von 1975. Das war ein außergewöhnlich hoher Anteil, daß

allein über geheimgehaltene oder verschleierte wirtschaftliche und soziale Folgen des Transformationsprozesses. Auf die Wiedergabe der im Original angegebenen Quellen- und Literaturverweise, der detaillierten methodologischen Erläuterungen sowie der theoretischen Auseinandersetzungen wurde hier verzichtet.

Hanna Suchocka – geb. 1947; Juristin, ab 1989 Sejm-Abgeordnete, zuerst organisiert in der OKP/Obywatelski Klub Parlamentarny (Bürgerfraktion), in der 1989/91 die Abgeordneten der Solidarnosc vereinigt waren; nachfolgend in der UD/Unia Demokratyczna (Demokratische Union), einer liberalen Partei, die 1994 in der UW/Unia Wolnosci (Freiheitsunion) aufging; war 1992/93 Premierministerin der konservativen Regierungskoalition und gehört seit Herbst 1997 der neuen Koalitions-Regierung unter Jerzy Buzek an.

Leszek Balcerowicz – geb. 1947; Wirtschaftswissenschaftler; liberaler Politiker; Berater der Solidarnosc; Verfasser eines Wirtschaftsprogramms dieser Bewegung (1980-81); Mitglied der PVAP bis 1982; berufliche Weiterbildung sowohl in den USA als auch am Institut für Grundlagen des Marxismus-Leninismus beim ZK der PVAP; mit keinem der Flügel innerhalb der Solidarnosc verbunden; ehrgeizig; rücksichtslos; Vizepremier und Finanzminister in den Regierungen Mazowiecki und Bielecki; seit 1995 Vorsitzender der UW/Unia Wolnosci (Freiheitsunion); er gehört seit Herbst 1997 dem Kabinett

unter Premierminister Buzek als Finanzminister und Vizepremier an.

Jan-Krzysztof Bielecki – geb. 1951; Wirtschaftswissenschaftler, 1991 Premier, liberaler Politiker; Mitbegründer der KLD (Kongres Liberalno-Demokratyczny), einer Partei, die 1994 in der UW (Freiheitsunion) aufging.

Tadeusz Mazowiecki – geb. 1927; Publizist, christlich-liberaler Politiker; von 1961 bis 1971 als Mitglied der katholischen Znak (Zeichen)-Gruppe Abgeordneter des Sejm; 1981 Berater des Gdanskener Streikkomitees; 1981 interniert; 1990 Präsidentschaftskandidat gegen L. Walesa; seit 1991 Sejm-Abgeordneter; Begründer und bis 1995 auch Vorsitzender der Demokratischen Union (UD/UW).

Jan Olszewski – geb. 1930; Jurist; 1980 Mitverfasser des Statuts der »Solidarnosc«; 1991/92 Premier; 1990 Mitbegründer der Zentrumsallianz (PC/Porozumienie Centrum), die rechtsgerichtete Personen und Vereinigungen zur Unterstützung L. Walesas bei den Präsidentschaftswahlen 1990 vereinigte und seit 1991 als rechtsgerichtete Partei wirkt.

Jerzy Buzek – geb. 1940; Chemiker; Premier einer Koalitionsregierung der AWS (Akcja Wyborcza Solidarnosci (Wahlbündnis der Solidarnosc) und der UW (Freiheitsunion) seit Herbst 1997.

er so hoch war, erwies sich als Fehler. Erst in den Jahren von 1990 bis 1994 verringerte er sich auf 22 Prozent bis 25 Prozent des Nationaleinkommens; d.h. er ging auf den Stand von 1950 zurück.

Noch deutlicher illustrieren die mittleren jährlichen Investitionsausgaben zu vergleichbaren Preisen die Investitionspolitik (vgl. Tabelle 2).

Zwischen 1955 und 1988 diente ein beträchtlicher Teil der Investitionsausgaben dem Ausbau der Wirtschaftsstruktur, der Energieerzeugung, der Rohstoffgewinnung, dem Bau von Straßen und Eisenbahnlinien sowie insbesondere der Elektrifizierung des ländlichen Raumes, die erst 1973 abgeschlossen werden konnte. Diese Ausgaben für die Infrastruktur waren in hohem Maße kapitalintensiv und bedurften langer Investitionszyklen. Sie erfolgten zu Lasten der Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen und damit auf Kosten der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts; sie verringerten die allgemeine Effektivität der Investitionen. Sie waren auch materialintensiv, was die Notwendigkeit zum Ausbau von Hüttenwesen und Zementindustrie noch vergrößerte. So wurden 1955 bis 1988 annähernd 440 Mio Tonnen Zement und etwa 450 Mio Tonnen Stahl verbraucht. Auch hochindustrialisierte Länder durchliefen diese Entwicklungsetappe; allerdings 50 bis 100 Jahre früher.

»Die Hand Balcerowicz«

Im Oktober 1989 hob Leszek Balcerowicz bei der Vorstellung seines Programms die Bedeutung des historischen Moments hervor, indem er es zu verwirklichen begann: »Ich bin überzeugt, ... daß wir ein unwiederholbares und uns durch das Schicksal geschenktes historisch einmaliges Experiment zu verwirklichen haben.« Es ging um Großes; um die entschlossene Nutzung der erworbenen politischen Macht zur Verwirklichung einer grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung und die Ablösung des realen Sozialismus durch ein kapitalistisches System, das auf dem Privateigentum beruht.

Das Hauptproblem war das Fehlen von Unternehmern – den kapitalistischen Akteuren schlechthin, wie sie seinerzeit von Vizepremier Balcerowicz bezeichnet wurden – sowie von ausreichend Finanzkapital, um die staatlichen Unternehmen aufzukaufen. Nach damaligen Schätzungen hätte die Privatisierung des Staatssektors auf evolutionärem Weg etwa wenigstens ein Jahrzehnt gedauert. Die evolutionäre Konzeption der Transformation wurde deshalb von vornherein verworfen. Aus gleichen Gründen wurde auch nicht auf die Selbstregulierungspotentiale des Marktmechanismus gesetzt. Dieser Mechanismus wirkt viel zu langsam und zudem noch in Wellen und mit Rückschlägen. Das schließt Schwankungen und Zeitverzug ein, und genau das sollte unbedingt vermieden werden. Daraus ergab sich der logische Schluß, daß zum Auftakt eines Prozesses der raschen Privatisierung das schnelle und entschlossene Handeln des Staates unabdingbar ist. Es wurde daher entschieden, daß die Regierung alle zugänglichen administrativen, organisatorischen und finanztechnischen Mittel gleichzeitig einsetzt, um so schnell wie möglich zu privatisieren, um den staatlichen Wirt-

schaftssektor zu liquidieren, um damit blitzartig eine neue Klasse zu »produzieren«, die seinerzeit Mittelklasse genannt wurde. Es ging darum, diese Akteure mit einer hohen anfänglichen Kapitalausstattung auszurüsten und sie mit allen verfügbaren finanziellen und rechtlich-administrativen Mitteln zu unterstützen. Alle Macht wurde im Finanzministerium konzentriert. Sämtliche Reformmaßnahmen – so war entschieden worden – wurden auf einen Schlag, ohne eine Anpassungs- oder Übergangsfrist, eingeführt. Die Verwirklichung begann am 1. Januar 1990. Diese Methode zur Einführung des Kapitalismus in Polen sollte später unter dem Begriff »Schocktherapie« zweifelhafte Berühmtheit erlangen.

Unter psychologischem Blickwinkel sollte die »Schocktherapie« die Gesellschaft in ein zeitweiliges Koma versetzen, sie unfähig machen einzuschätzen, was vor sich ging. Diese Absicht wurde auch tatsächlich erreicht. Eine Unmenge an Einkommens- und Preisveränderungen wurden gleichzeitig wirksam. Fehlende Einsicht in die komplexen Zusammenhänge paralyisierte jedweden Widerstand gegen die eingeführten Veränderungen. Außerdem wurden ständig neue Termine für das Ende der schmerzhaften Einschnitte in Aussicht gestellt. Damit wurde die Bevölkerung bewußt getäuscht, wobei der Gewerkschaft »Solidarnosc« eine besondere Rolle zugeordnet war. Sie sollte nach Karol Modzelewski »einen Schutzschirm über die Politik halten, der eigentlich gegen die elementaren Interessen ihrer arbeitenden Mitglieder gerichtet war...«.

Den nachhaltigsten Einfluß auf die Beschleunigung der gesellschaftsstrukturellen Umwälzungen hatte der schockierende Preisanstieg 1990-92. Die Preise für Waren und Dienstleistungen erhöhten sich im Vergleich zu 1989 um das 17fache. Die Preisstrukturen im öffentlichen Sektor und im Bereich der Produktion wurden administrativ massiv verändert. Sie wuchsen noch erheblich schneller als die ohnehin schon galoppierende Inflation und sporneten diese so noch zusätzlich an. Damit war ein gravierender Rückgang des Realeinkommens verbunden (vgl. Tabelle 3). Die hohe Inflation wurde zum Hauptinstrument der Bildung und Bereicherung der neuen Klasse, wobei Balcerowicz's Trick darin bestand, daß er sein Inflationsprogramm als Programm zur Inflationsbekämpfung ausgab. Dies war die genialste Idee seines gesamten Programms.

Glanz und Elend des Kapitalismus

Die Beseitigung des Mangels, einer chronischen Erscheinung sozialistischer Wirtschaft, wird gemeinhin als der größte Vorzug des Kapitalismus angesehen. Nach den internationalen Statistiken lebten 1990 in unterentwickelten kapitalistischen Ländern etwa 52,7 Prozent der Weltbevölkerung mit einem Bruttosozialprodukt (BSP) von weniger als 580 US-Dollar pro Kopf und Jahr. In hochentwickelten kapitalistischen Ländern lebte zur gleichen Zeite etwa 15,6 Prozent der Weltbevölkerung mit einem jährlichen Pro-Kopf-BSP von mehr als 6.000 US-Dollar. In sozialistischen Ländern lebten demzufolge etwa 31,7 Prozent der Weltbevölkerung, davon etwa 23 Prozent in Vietnam, Nordkorea, Mongolei und China, in denen das BSP pro Kopf und Jahr ebenfalls – wie in den unterentwickelten kapitalistischen Ländern – niedriger als 580 US-Dollar war.

Versteht man also unter Mangel ein sehr niedriges Einkommensniveau, beispielsweise ein BSP von weniger als 580 Dollar pro Kopf und Jahr, so lebten 1990 annähernd 75,7 Prozent der Weltbevölkerung (etwa 4 Milliarden Menschen) unter Bedingungen chronischen Mangels; davon 52,7 Prozent in der kapitalistischen Welt und etwa 23 Prozent in der sozialistischen. Unter diesem Gesichtspunkt ist Mangel ein Menschheits- und nicht ein systemimmanentes Gesellschaftsproblem.

Wie wurde nun die wundersame Beseitigung des Mangels in Polen erreicht? Vor allem durch die Reduzierung der Nachfrage – von 1990 bis 1993 wurde über die Preisgestaltung und die Reduzierung der Einkünfte mit Hilfe administrativer Methoden die Nachfrage soweit gesenkt, daß ein wirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt werden konnte. Dieses Gleichgewicht stellte sich also auf einem Niveau ein, das weit unter dem vorhergehenden (sozialistischen) Niveau von Produktion und Verbrauch lag. Nach offiziellen statistischen Angaben verringerte sich die Kaufkraft 1994 gegenüber 1989 um 31,6 Prozent. Die Einkünfte der Haushalte verringerten sich um etwa 20 Prozent, während zur gleichen Zeit die Einkünfte der Unternehmer beträchtlich anwuchsen. Hauptelement des Gleichgewichts war demzufolge der Rückgang der Nachfrage und nicht die Steigerung der Produktion. Das Angebot an Fleisch, Fleischwaren und Fetten auf dem Binnenmarkt belief sich 1980 auf 2.921 Tausend Tonnen, 1989 auf 2.929 Tausend Tonnen; 1994 betrug es 2.697 Tausend Tonnen. Da Angebot und Verbrauch auf dem Binnenmarkt identisch gesetzt werden können, folgt daraus, daß im Vergleich zwischen 1980 bzw. 1989 Angebot und Verbrauch in dieser Warengruppe 1994 um etwa acht Prozent geringer waren.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch lag 1980 bei 82 kg, fiel 1989 auf 76,8 kg und erreichte 1994 schließlich magere 70 kg. Im Vergleich zu 1980 fiel er um 15, zu 1989 um neun Prozent. Trotzdem waren 1994 die Regale in den Geschäften gefüllt, während sie 1980 leer und 1989 nur geringfügig besser gefüllt waren. So läßt sich also festhalten, daß sich das Gleichgewicht auf dem Fleischmarkt durch den Rückgang des Verbrauchs einstellte. Verursacht wurde dieser wundersame Erfolg durch die Preissteigerung im allgemeinen und die Steigerung der Fleischpreise im besonderen. Zwischen 1990 und 1994 stiegen die Fleischpreise um das 20,8fache, die Preise aller Lebensmittel um das 24fache. Somit verteuerte sich Fleisch im Vergleich zu anderen Lebensmitteln etwas geringfügiger, wodurch der Rückgang des Verbrauchs abgeschwächt wurde. Aber auch durch einen 30fachen Anstieg der Artikel außerhalb des Lebensmittelbereichs und einen 63fachen Anstieg der Dienstleistungspreise wurde die Nachfrage nach Fleisch indirekt verringert.

Das Angebot von Milch auf dem Binnenmarkt ging von 15.001 Mio Litern im Jahr 1989 auf 10.447 Mio Liter 1994 und damit um 30,4 Prozent oder 4,6 Mrd Liter zurück. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Milch und Milchprodukten fiel von 395 Liter 1989 auf 271 Liter 1994 oder um 31,3 Prozent. Dennoch entstand kein Ungleichgewicht auf dem Milchmarkt, da der Rückgang der Produktion und des Verbrauchs vollständig durch die steigenden Milchpreise kompensiert wurde. Sie erhöhten sich um das 51,7fache, bei einer mitt-

leren Preiserhöhung für Lebensmittel um das 24fache. Einem Bericht von Premierministerin Hanna Suchocka zufolge war das der Hauptweg, auf dem in Polen der Mangel beseitigt wurde.

Allerdings trat bei einer Ware auf dem Markt ein bedenkliches strukturelles Ungleichgewicht auf, da das Angebot wuchs, während der Verbrauch stagnierte und die Preise fielen. Da die Besitzer dieser Ware ihre Ware verkaufen müssen, bildet sich eine Schlange. Diese Ware ist die Ware Arbeitskraft und in der Schlange stehen die Arbeitslosen. Ende 1994 waren offiziell 2,89 Mio Menschen ohne Arbeit registriert. Dazu müssen noch die in der Landwirtschaft ›versteckten‹ Arbeitslosen, deren Zahl auf 700 Tausend geschätzt wird, gezählt werden. Das ergibt etwa 3,59 Mio Arbeitslose. Würden sich alle Arbeitslosen in einer Schlange anstellen, so würde diese entlang der Weichsel von der Quelle bis nach Gdansk reichen (für eine Person jeweils 29 cm gerechnet). Diese einzige Schlange würde alle Schlangen nach Waren, die sich in der Volksrepublik Polen je gebildet hatten, in ihrer Länge übertreffen.

Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich von 1990 bis 1994 um 2,527 Mio. Dagegen vergrößerte sich die Zahl der Unternehmer um 782 Tausend, d.h. um 93 Prozent sowie die Zahl der Bauern um 119 Tausend, d.h. 3,5 Prozent. Demzufolge verringerte sich die Zahl der Arbeitsverhältnisse um 3,048 Mio, oder um 25 Prozent, davon bei Arbeitern um 2,367 Mio, d.h. 30,8 Prozent sowie bei Angestellten um 681 Tausend oder 15,2 Prozent. Ein beträchtlicher Teil der Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle verloren, sind die sogenannten bäuerlichen Arbeiter. Sie sind Besitzer oder Mitbesitzer einer Bauernwirtschaft, werden nicht als Arbeitslose registriert und erhalten auch keine Arbeitslosenunterstützung. Diese versteckte Arbeitslosigkeit betrifft nach Schätzungen 600 bis 700 Tausend Personen. Dabei ist zu bedenken, daß 1994 21,7 Prozent der Bauernwirtschaften etwa zwei Hektar Boden besaßen und 32,8 Prozent zwischen zwei und fünf Hektar unterm Pflug hatten.

Wem nützt der Staatshaushalt

Zwischen 1991 bis 1993 lag das Niveau der Akkumulation um über 40 Prozent unter dem von 1989, dabei 1992 um etwa 50 Prozent. Ein derart starker Rückgang kann mit einiger Berechtigung als wirtschaftlicher Zusammenbruch bezeichnet werden. Angesichts des drastischen Produktionseinbruchs ermöglichte die Reduzierung der Ausgaben für Investitionen eine Abfederung des Rückgangs bei der Konsumtion, der ansonsten wesentlich stärker hätte ausfallen müssen. Seit 1993 zeigten sich die Kosten der Transformation nicht mehr in einem Rückgang der Konsumtion, sondern ausschließlich in der Verringerung der Investitionen. Eine einigermaßen ausgewogene Verteilung der Einkünfte zwischen den Hauptbevölkerungsgruppen vorausgesetzt, hätte das mittlere Konsumniveau 1993/94 stagnieren bzw. sich geringfügig gegenüber 1989 erhöhen können. Aber es ging nicht um den Wohlstand der Bevölkerung, sondern um die Restaurierung des Kapitalismus – um eine Konterrevolution im Bereich der Einkommensverteilung, um die Revision der egalitären Einkommensverteilung im real sozialistischen System. Dazu wurden vor allem Maßnahmen ins Werk gesetzt, die

zu einer Maximierung der Einkünfte auf der Seite von Unternehmern und Selbständigen, die Bauern ausgenommen, auf der Basis einer maximalen Verringerung der Einkünfte aller anderen Bevölkerungsschichten führten. Die Transformation im Einkommenssektor erfolgte also mittels einer radikalen Umverteilung, bei der wenigen das zugeschanzt wurde, was vielen real weggenommen wurde. Als Hauptinstrumente dieser Einkommensumverteilung dienten die Steuerpolitik, die Budgetpolitik sowie die Strukturveränderungen im Preissystem.

Prima Klima für Reiche

In den achtziger Jahren mobilisierte die damalige politische Opposition gesellschaftliche Unterstützung mit Anrufungen einer brüderlichen Verbundenheit zwischen den Arbeitenden sowie Forderungen nach Gerechtigkeit und Schutz der Würde des arbeitenden Menschen und dessen Tätigkeit. In einem Solidarnosc-Dokument vom April 1981 heißt es: »Aus dem Grundsatz der gesellschaftlichen Gerechtigkeit, der Würde der menschlichen Persönlichkeit ergibt sich, daß die Menschen in ihrem tiefsten Wesen einander gleich sind. Deshalb streben wir die Verwirklichung gesellschaftlicher Gleichheit an. (...) Gesellschaftliche Gerechtigkeit erfordert, daß die Kosten der Krise und der unausweichlichen Reformen gleichmäßig auf alle Bürger verteilt werden. Dabei bedeutet gleichmäßig proportional zum jeweiligen Wohlstand.« Auch am Runden Tisch wurde die gleiche Phraseologie benutzt. Von den damaligen Regierungen wurden Reformen verlangt und zugleich die gerechte Verteilung der Reformlasten auf alle Schichten der Gesellschaft gefordert. Schließlich gewann die »Solidarnosc« die Wahlen von 1989 vor allem mit Hilfe dieser Losungen. Sehr bald jedoch erwies es sich, daß die Anrufung von Würde und Gerechtigkeit lediglich ein Mittel im Kampf um die Macht war; daß die Sieger ein Programm zu verwirklichen trachteten, das auf einem völlig anderen Wertesystem beruhte.

Von 1990 bis 1994 verringerten sich die Realeinkommen der Haushalte um annähernd 20 Prozent, wobei Lohnarbeiter, Empfänger von Unterstützungs- und Fürsorgeleistungen sowie Bauern unterschiedlich betroffen waren. In diesem Zeitraum erhöhten sich die Realeinkommen der Unternehmer und Freiberufler um mehr als das 3,4fache (zu vergleichbaren Preisen von 1992). Diese Art Transformation verlief nach klassischem Muster. Die politische Klasse, die 1989 die Macht errang, d.h. die Kapitalisten und die ideellen Anhänger des kapitalistischen Systems, inszenierten einen politischen Umsturz, der mit dem Erringen der absoluten Parlamentsmehrheit in den Wahlen im Juni 1989 gekrönt wurde. Die erreichten Positionen wurden durch die Besetzung aller beherrschenden Positionen in der Wirtschaft gefestigt. An allen neuralgischen Punkten wurden eigene Kräfte eingebaut und mit deren Entscheidungshilfe schließlich der Beginn der oben beschriebenen Einkommensumverteilung zugunsten der eigenen Klientel in die Wege geleitet.

Diese Umverteilung hatte durchaus räuberischen Charakter, da damit Einkünfte enteignet und neu angeeignet wurden, die eigent-

lich den Arbeitern, den Rentnern und den Bauern zustanden. Infolgedessen wurden immer größere Gruppen an und unter die Armutsgrenze gedrückt. Um diese durchaus beabsichtigten Wirkungen zu kaschieren und den Widerstand derer, denen das Fell über die Ohren gezogen wurde, zu paralysieren, wurde eine Reihe propagandistischer Maßnahmen organisiert. Die wichtigste Funktion kam dabei der Gewerkschaft »Solidarnosc« zu, die gemeinsam mit all ihren vormaligen Spezialisten für Streiks und dergleichen, die den wechselnden Regierungen angehörten, die Protestbewegungen wirkungsvoll pazifizierte.

Der wichtigste Katalysator bei der Durchsetzung eines Umverteilungsmechanismus zugunsten der neuen »Mittelklasse« und gleichzeitig zur Zerschlagung der Solidarität unter den Arbeitenden war die blitzartige Herbeiführung von Massenarbeitslosigkeit. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit unterdrückte höchst wirkungsvoll jedes soziale Aufbegehren. Deshalb willigten viele in unbezahlten Urlaub ein, warteten monatelang auf die Auszahlung des vollen Lohns usw. Und trotzdem wuchs die Arbeitslosigkeit unerbittlich an und der erzwungene Einstieg in die Frührente infolge von Massentlassungen wurde geradezu als Erlösung betrachtet. Die Renten waren allerdings zumeist bedeutend niedriger als die zuvor erzielten Einkommen. Niedriger als die Löhne war natürlich auch die Arbeitslosenunterstützung, wodurch zusammengenommen der Prozeß der Umverteilung zugunsten der neuen »Mittelklasse« verbreitert wurde.

Das war die gewinnbringendste Art und Weise der Anhäufung von Kapital. Sie war um so einträglicher, als ihr Rentner und Arbeitslose – ohne Kontakt zu den Restbelegschaften in den Betrieben – vereinzelt ausgeliefert waren. So konnten sie die neue gesellschaftliche Ordnung nicht erschüttern. Es gab weder Streiks noch Demonstrationen. Dazu genügte es, sie daran zu erinnern, daß sie auf Kosten anderer lebten, wovon notorisch Gebrauch gemacht wurde. Dadurch war es nicht zuletzt möglich, ihnen einen Teil der zugesprochenen Rechte zu nehmen, die früher zuerkannten Renten oder Unterstützungen im Prozeß der Haushaltsdebatten als Manövriermasse zu benutzen und abzusenken. Damit waren insgesamt gravierende Veränderungen der Einkommens- und Sozialstruktur verbunden (vgl. Tabelle 4).

Die Zahl der Unternehmer und Freiberufler verdoppelte sich zwischen 1989 und 1994 auf 1,6 Millionen. Das waren zwar nur 6,4 Prozent der Erwerbstätigen, ihr Anteil am gesamten Einkommen betrug allerdings 31,5 Prozent (zu vergleichbaren Preisen von 1992).

Die Mythologie des Kapitalismus

Welches Wertesystem liegt nun der in Polen verwirklichten gesellschaftlichen Transformation zugrunde, welches Ziel oder welche Ziele will und kann sie erreichen? Die Antwort auf diese Frage lautet zumeist Marktwirtschaft und Demokratie. Ist Marktwirtschaft sich selbst genügendes Ziel? Abstrakt – ohne Berücksichtigung sozio-ökonomischer Merkmale – kann der Markt als ein Mechanismus verstanden werden, mit dessen Hilfe Warenbesitzer ihre Erzeugnisse so untereinander austauschen, daß die Produkte ihren

unterschiedlichen Verwendungszwecken und die Verkaufserlöse den Warenproduzenten zugeführt werden. Ist der Markt also Ziel oder Mittel zum Zweck?

Der Begriff Demokratie hört sich gut an und scheint dem schon näher zu kommen, was als Ziel bezeichnet werden könnte. Jedoch ist Demokratie zunächst nur ein Mechanismus zur Ausübung politischer Macht oder zum Fällen von Entscheidungen, darunter auch ökonomischen. Können diese Entscheidungen andere als die durch den Markt vorgebestimmten sein? Theoretisch könnten sie von diesem Verdikt abweichen, in der Praxis tun sie es jedoch nur geringfügig und selten.

Die Marktwirtschaft – die letztlich nur als Synonym für Kapitalismus verwendet wird – ist schließlich nicht nur ein Mechanismus, ein ökonomisches System, sondern auch eine Ideologie, ein Bündel von Ansichten und Glaubenssätzen, die ihre Existenzberechtigung aus einer vermeintlich natürlichen Ordnung der Welt herleitet. Dies ist natürlich eine unvollkommene Ordnung, jedoch eine Ordnung, zu der es keine Alternative gibt.

Auf dem Markt, dem ökonomischen wie dem politischen, vollzieht sich – vor allem wenn man dem Begriffspaar »Markt und Demokratie« das Begriffspaar »Eigentum und Einkommen« hinzufügt – ein ununterbrochener Kampf um die Aufteilung von Einkommen und Eigentumsrechten, der durch einflußreiche Interessengruppen in allen Ländern immer rücksichtsloser, durch Staatenbündnisse und zunehmend global geführt wird.

Wie wir gesehen haben, sind die Kosten dieses Kampfes riesig. Die Zahl der Sieger wird immer geringer, die der Verlierer immer größer. Die Anhänger des orthodoxen Kapitalismus sind zutiefst davon überzeugt, daß der Fall des Systems des realen Sozialismus die Menschheit auf ewig vom Streben danach geheilt hat, ein alternatives Gesellschaftssystem zu suchen. Der reale Sozialismus in seiner bisherigen Gestalt ist tatsächlich unwiderrufflich Geschichte; die Probleme jedoch, die er durch seine Existenz offenbarte und bewußt machte, blieben, da sie tatsächlich auch »innere Widersprüche« des kapitalistischen Systems sind. Mehr noch; zu Zeiten der Existenz des sozialistischen Lagers konnte man sie als »Export der Revolution«, als äußere Bedrohung ausgeben, wodurch zentrifugale Tendenzen leichter pazifisiert und das kapitalistische System gestärkt werden konnte.

Noch niemals bisher war es in wenigen Jahren Millionen Menschen möglich, anhand eigener Erfahrungen zwei entgegengesetzte sozio-ökonomische Ordnungen auf dem gleichen Gebiet, unter Mitwirkung von im Grunde gleichen politischen Eliten, miteinander zu vergleichen, wobei lediglich Ministersessel mit Oppositionsbänken hin und her getauscht werden. Wir wissen nicht, wann und wie diese Art Erfahrung einst historische Gestalt annehmen wird, aber das Gespenst geht nicht nur in Europa um.

Tabelle 1

Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen (NE) 1950 bis 1994 (zu vergleichbaren Preisen)

Jahr	Akkumulationsrate (in Prozent des Nationaleinkommens)
1950	26,8
1960	31,7
1965	33,8
1970	35,2
1975	42,0
1980	32,0
1985	30,6
1988	33,2
1990*	29,6 / 25,6*
1991*	25,4 / 22,0*
1992*	21,5 / 18,6*
1994*	24,7 / 21,4*

)1990 bis 1994 wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf der Grundlage vergleichbarer Bedingungen zum vorhergehenden Zeitabschnitt geschätzt; in der zusätzlichen Rubrik (/) wird der Anteil der Akkumulation am BIP zu Preisen des Jahres 1990 angeführt;

Tabelle 2

Jahr	Investitionen in Mrd. alter Zl.	Im Jahresmittel 1960 - 1965= 100	Zunahme des Bestandes an Produktionsmitteln (in %)
1961 - 1965	164,4	100,0	3,5
1966 - 1970	242,4	147,4	4,2
1971 - 1975	463,8	282,2	5,8
1976 - 1980	619,8	377,0	6,4
1981 - 1985	421,4	256,3	2,6
1986 - 1988	521,8	317,4	3,0
1990 - 1994	476,6	290,0	2,0

Tabelle 3

Preisentwicklung bei den wichtigsten Grundbedarfsgütern und ihr Einfluß auf die Verbraucherpreise insgesamt (1989=100)

Jahr	Preisniveau (1989 = 100)				gewichteter Einfluß auf die Entwicklung der Verbraucherpreise		
	Verbraucher- preise insgesamt	Heizung Energie	Steuern	Importe	Heizung Energie	Steuern	Importe
1990	685,8	1033,0	549,2	734,1	0,509	0,140	0,351
1991	1167,9	1931,7	998,9	955,9	0,564	0,156	0,280
1992	1670,1	2702,5	1704,7	1113,7	0,546	0,231	0,223
1993	2259,7	3845,6	2810,7	1297,4	0,517	0,303	0,180
1994	2987,3	5218,5	4010,8	1650,3	0,487	0,327	0,186

Tabelle 4

Veränderungen der Einkommens- und Sozialstruktur zwischen 1989 und 1994 (in Tausend)

Jahr	Erwerbs- tätige insges.	Arbeiter		Rentner Arbeitslose Sozialfürsorge- empfänger		Bauern		Unternehmer freie Berufe	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1989	24.235	13.054	53,9	6.911	28,5	3.423	14,2	838	3,4
1990	24.630	12.124	49,2	8.082	32,8	3.329	13,5	1.096	4,5
1991	25.381	11.026	43,4	9.754	38,4	3.285	12,9	1.316	5,3
1992	24.894	10.119	40,6	9.925	39,9	3.262	13,1	1.588	6,4
1993	14.902	9.696	38,9	10.262	41,2	3.289	13,2	1.656	6,7
1994	25.089	9.623	38,4	10.295	41,0	3.551	14,2	1.620	6,4